

Eingangsvermerk - Empfänger

Eingangsvermerk - Formularserver

Antrag auf Vorausleistungen nach § 36 BAföG

Erklärung

Name, Vorname und Geburtsdatum des Auszubildenden:

Ausbildungsstätte:

der Antrag auf Vorausleistung bezieht sich auf:

für den Bewilligungszeitraum von - bis:

Vorausleistungen gemäß §36 Abs. 1 BAföG wegen Gefährdung der Ausbildung durch fehlende Unterhaltsleistungen der Eltern oder des leiblichen oder Adoptivelternteils stellt / stellen mir mein/e Vater / Mutter / Eltern den mit Bescheid vom:

Vorausleistungen gemäß §36 Abs. 2 BAföG wegen Gefährdung der Ausbildung durch fehlende Unterhaltsleistungen der Eltern oder des leiblichen oder Adoptivelternteils war es mir nicht möglich, die für die Anrechnung des Einkommens meines / meiner Vaters / Mutter / Eltern erforderlichen Auskünfte zu erlangen.

angerechneten Unterhaltsbeitrag von monatlich (in EURO):

Mein/e Vater / Mutter / Eltern stellt/stellen mir den erforderlichen Gesamtunterhaltsbedarf

nicht.

nicht.

nicht in voller Höhe zur Verfügung.

nicht in voller Höhe zur Verfügung.

Unterhaltsleistungen anderer Personen z.B. von einem anderen Elternteil, auf die sich dieser Antrag nicht bezieht (in EURO):

Die Angaben beziehen sich auf (z.B.: anderer Elternteil):

Geldleistungen (z.B.: Taschengeld) erhalte ich seit, monatlich (in EURO):

Sachleistungen erhalte ich seit:

Sonstige Sachwerte sind u.a. Beiträge zu Versicherungen, Kfz-Bereitstellung

§ 1612 Abs. 2 Satz 1 und 2 BGB (Art der Unterhaltungsgewährung):
(2) Haben die Eltern einem unverheiratetem Kinde Unterhalt zu gewähren, so können sie bestimmen in welcher Art und für welche Zeit im Voraus der Unterhalt gewährt werden soll; wobei auf die Belange des Kindes die gebotene Rücksicht zu nehmen ist. Aus besonderen Gründen kann das Familiengericht auf Antrag des Kindes die Bestimmung der Eltern ändern.

Unterkunft

Verpflegung

Frühstück

Mittagessen

Abendbrot

Sonstiges

Unterhalt durch Sachleistungen wurde angeboten:

NEIN

JA

wenn ja, Art der angebotenen Sachleistung

monatlich:

Das Angebot wurde auf folgende Weise gemacht:

(Bitte Unterlagen beifügen, Zeitpunkt des Unterhaltsangebots angeben.) Die Unterhaltsbestimmung wurde gerichtlich

Von dem Angebot habe ich aus folgenden Gründen keinen Gebrauch gemacht:

vom, Name des Gerichtes:

Angaben zu laufenden bzw. abgeschlossenen Unterhaltsverfahren:

(Bitte Kopie beifügen)

Ein Rechtsanwalt ist eingeschaltet

Ein Unterhaltsurteil

(Bitte Kopien der Klageschrift beifügen)

liegt vor.

liegt nicht vor.

Rechtsmittel wird / wurde eingelegt:

NEIN

JA

Ein Unterhaltsprozess ist anhängig (Klage ist erhaben)

Name und Anschrift des Rechtsanwaltes

Eine Unterhaltsvereinbarung

(Eine Unterhaltsvereinbarung ist z.B. ein gerichtlicher oder außergerichtlicher Vergleich (Kopie bitte einfügen)).

haben / hat die Weigerung, mich ausreichend zu unterstützen,

liegt vor.

nicht begründet.

liegt nicht vor.

folgendermaßen begründet:

vom:

Zusätzlich erkläre ich Folgendes:

Aktuelles Einkommen des Ehegatten der/des Auszubildenden

Das voraussichtliche Einkommen meines Ehegatten in dem in Zeile 7 genannten Bewilligungszeitraum beträgt

Art des Einkommens:

Mir ist bekannt,

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage sowie der Familienverhältnisse, über die ich im Rahmen dieses Antrages Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich anzugeben.
- dass unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefördert werden.
- dass die im Rahmen dieses Antrages gemachten Angaben über die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Förderung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber überprüft werden können.
- dass mit der Zahlung der Vorausleistungen meine Unterhaltsansprüche bis zu dieser Höhe auf das Land übergehen. Die in Zeile 6 genannte/n Person/en werden zum Ersatz der Vorausleistungen herangezogen. Dazu muss vom Amt für Ausbildungsförderung ggf. ein Unterhaltsprozess geführt werden.
- dass die nach § 36 BAföG vorausgeleisteten Beträge gemäß § 17 Abs. 2 BAföG im Regelfall zur Hälfte als staatliches Darlehen geleistet werden. Dieser Darlehensteil wird nur dann gemindert, wenn der oder die Unterhaltspflichtige/n auf die Forderung nach § 37 BAföG in Verbindung mit §§ 1601 ff. BGB des Amtes für Ausbildungsförderung Beträge tatsächlich leisten. Geleistete Beträge werden je zur Hälfte auf den Zuschussanteil und den Darlehensanteil angerechnet.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Auszubildenden